

Nr. 18/981

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Kooperationen der Verwaltung des Landes Bremen mit anderen Bundesländern
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 11. Februar 2014
(Drucksache [18/1251](#))

D a z u
Mitteilung des Senats vom 25. März 2014
(Drucksache [18/1328](#))
2. Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes – Sexuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Vielfalt im Sexualkundeunterricht
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. November 2013
(Drucksache [18/1178](#))
2. Lesung
3. Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes – Sexuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Vielfalt im Sexualkundeunterricht
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Bildung
vom 12. März 2014
(Drucksache [18/1307](#))
2. Lesung

D a z u
Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 25. März 2014
(Drucksache [18/1323](#))
4. ILO-Übereinkommen 169 endlich ratifizieren
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. März 2014
(Drucksache [18/1309](#))
5. Wie schafft und sichert Wirtschaftsförderung Frauenarbeitsplätze?
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 27. März 2014
(Drucksache [18/1340](#))
6. Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses in Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 3. April 2014
(Drucksache [18/1348](#))
7. Nutzen und Kosten des Bauabschnitts 2.2 der Autobahn 281
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 16. April 2014
(Drucksache [18/1354](#))

8. Asbest in Gebäuden und Umwelt – noch immer eine tödliche Gefahr!
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD
vom 25. April 2014
(Drucksache [18/1364](#))
9. Elternarbeit als zentrale Aufgabe für Kindergarten und Grundschule
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. April 2014
(Drucksache [18/1371](#))
10. Teilhabe durch Arbeit – Maßnahmen zur Förderung chronisch psychisch
Kranker, Suchtkranker und Leistungsgeminderter verbessern
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 29. April 2014
(Drucksache [18/1374](#))

Nr. 18/982

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Schließungspläne, Studienplatzabbau und Unterfinanzierung: Wissenschaftsplan des Senats geht an die Substanz des Hochschulstandorts Bremen“.

Nr. 18/983

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 16. Mai 2014

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. 8. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
vom 21. März 2014
(Drucksache [18/1319](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 8. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
2. 36. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz
vom 21. März 2014
(Drucksache [18/1320](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 36. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
3. Gesetz zur Änderung des Hinterlegungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 25. März 2014
(Drucksache [18/1327](#))
1. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
4. Gesetz zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes
Mitteilung des Senats vom 11. März 2014
(Drucksache [18/1301](#))
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

5. 19. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (19. KEF-Bericht)
Mitteilung des Senats vom 1. April 2014
(Drucksache [18/1343](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 19. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
6. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern im Lande Bremen
Mitteilung des Senats vom 8. April 2014
(Drucksache [18/1349](#))
 1. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
7. Gesetz zur Änderung von bau- und enteignungsrechtlichen Vorschriften sowie der Baumschutzverordnung
Mitteilung des Senats vom 22. April 2014
(Drucksache [18/1355](#))
 1. Lesung
 2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
8. Gesetz zur Änderung des Schwangerenberatungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 22. April 2014
(Drucksache [18/1356](#))
 1. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
9. Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss des Landes Bremen
Mitteilung des Senats vom 6. Mai 2014
(Drucksache [18/1381](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Yasemin Kesti
anstelle des ausgeschiedenen Herrn Gerold Rudolphi zum stellvertretenden Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.
10. Wahl einer Vertrauensperson und eines Vertreters in den Ausschüssen zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen/Richter des Verwaltungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Herrn Ralf Schwarz
anstelle der in den Bundestag gewählten Frau Bettina Hornhues zur Vertrauensperson und

Herrn Jan Brüning
anstelle des verstorbenen Herrn Björn Weber zum Vertreter von Herrn Robert Hodonyi in den Ausschüssen zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen/Richter des Verwaltungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts.
11. Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss des Landes Bremen
Mitteilung des Senats vom 13. Mai 2014
(Drucksache [18/1391](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Herrn Klaus Otto Pappa
anstelle der ausgeschiedenen Frau Mareike Sander zum Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 18/984

Fördermaßnahmen zum Bau von Studierendenwohnraum

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. April 2014
(Drucksache [18/1372](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. das Wohnraumförderungsprogramm über das Jahr 2014 hinaus fortzusetzen und darin die besondere Förderungsfähigkeit von Studierendenwohnungen festzulegen.
2. gegenüber dem Bund bei der Verankerung des Themas studentisches Wohnen im Rahmen des auf Bundesebene geplanten „Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum“ darauf zu drängen, auch die Förderung der Schaffung von Studierendenwohnheimen und -anlagen mit Hilfe des Bundes zu ermöglichen.
3. gemeinsam mit dem Studentenwerk Bremen und weiteren Trägern den Mindestbedarf an Studierendenwohnraum in Bremen und Bremerhaven festzulegen und ein Konzept zu dessen Umsetzung vorzulegen.
4. Liegenschaften und Gebäude im öffentlichen Besitz auszuweisen, die für die Errichtung von oder Umnutzung in Studierendenwohnungen geeignet und für Studierende zum Wohnen interessant, geeignet und nachgefragt sind, z. B. in räumlicher Nähe zur Universität bzw. den Hochschulen, im Hulsberg-Quartier, in der Neustadt, in Findorff, in der Überseestadt oder am Schiffbauerdamm in Gröpelingen.
5. zu prüfen, wie durch flexibles Bauen und Diversitätskonzepte die Wohnmöglichkeiten für Studierende mit Wohnangeboten für Flüchtlinge, mit Wohnen und Arbeiten für Existenzgründerinnen/Existenzgründer, mit generationenübergreifendem Wohnen und Wohnraum für junge Familien kombiniert oder/ und mittelfristig ergänzt werden können.
6. innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit sowie der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie über geeignete Maßnahmen zum Bau von Studierendenwohnraum zu berichten.

Nr. 18/985

Zusätzlichen öffentlich geförderten Wohnraum für Studierende schaffen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. Mai 2014
(Drucksache [18/1392](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/986

Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG 2014

Mitteilung des Senats vom 13. Mai 2014
(Drucksache [18/1390](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/987

Wer, was, für wen – Transparenz über Drittmittel-Forschung an den öffentlichen Hochschulen herstellen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 15. Januar 2014
(Drucksache [18/1233](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/988

Drittmittforschung braucht Transparenz – Bremen braucht Drittmittforschung

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Februar 2014
(Drucksache [18/1254](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/989

Wissenschaft braucht mehr Transparenz

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 25. Februar 2014
(Drucksache [18/1290](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Entwurf der anstehenden Novelle des Bremischen Hochschulgesetzes (BremHG) sowie seiner Verordnungen zu berücksichtigen,

1. dass für alle Drittmittelprojekte mindestens folgende Angaben in geeigneter Form der Allgemeinheit zugänglich sind: Projekttitel (Inhalt und Zielsetzung), Identität der Drittmittelgeber, Fördersumme und Laufzeit,
2. dass möglichst ab einer Summe von 5 000 € eine weitgehende Veröffentlichungspflicht der Drittmittelverträge gewährleistet wird unter Beachtung der Forschungs-, Vertrags- und Wettbewerbsfreiheit und des Schutzes personen gebundener Daten sowie des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses,
3. dass geprüft wird, inwieweit compliance-Regelungen im Rahmen von Good Governance (guter Regierungsführung) aufgenommen werden können,
4. dass geprüft wird, wie Ergebnisse der Drittmittforschung in absehbarer Zeit in Anlehnung an § 75 BremHG auch im open access veröffentlicht werden können,
5. dass die Hochschulen ermutigt werden, „fachbezogene Ethik“ in geeigneter Form zum Bestandteil des Lehrangebots zu machen, um Studierende für Loyalitätskonflikte zu sensibilisieren.

Nr. 18/990

Transatlantisches Freihandelsabkommen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Mai 2014
(Drucksache [18/1395](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass ein mögliches Verhandlungsergebnis bei TTIP und CETA sowohl dem Bundestag als auch dem Bundesrat zur Beschlussfassung vorgelegt wird und dass diese Beschlussfassung durch eine intensive Einbeziehung der Länder in die Beratungen vorbereitet wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die Bundesregierung bei ihrer kritischen Haltung zur Aufnahme von Investitionsschutzvorschriften in das TTIP bleibt; das von der EU beschlossene Verhandlungsmoratorium muss dazu genutzt werden, diesen Punkt ganz aus dem Verhandlungsmandat zu streichen. Spezielle Investitions schutzvorschriften sind in einem Abkommen zwischen der EU und der USA nicht nötig. Beide verfügen über entwickelte Rechtssysteme, die potenziellen Investoren ausreichende Rechtssicherheit bieten. Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren durch außergerichtliche Schiedsgremien, die ausländischen Investoren Sonder rechte einräumen, sind im Verhältnis zwischen demokratischen Staaten nicht zu akzeptieren, da sie die legitime Handlungsfähigkeit der Staaten einschränken und die Demokratie beschädigen können.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, dafür einzutreten, dass Verhandlungen von folgenden Grundsätzen ausgehen:

- Die Ergebnisse des bereits ausverhandelten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) sind sorgfältig auszuwerten und sobald wie möglich zu veröffentlichen. Die im Rahmen von CETA verhandelten Vereinbarungen dürfen keine präjudizierende Wirkung für die Verhandlungen mit den USA haben.
- Die in der EU gültigen Regeln des Sozial-, Umwelt-, Natur- und Tierschutzes, des Verbraucher-, Lebensmittel- und Gesundheitsschutzes müssen gewahrt bleiben und dürfen nicht als „Handelshemmnis“ infrage gestellt werden.
- Jede Seite muss das Recht haben, diese Regeln aus Gründen des Gemeinwohls auch in Zukunft weiterzuentwickeln. Die vorgesehene „regulatorische Kooperation“ zwischen den Vertragsparteien darf dieses Recht nicht beschneiden, sondern allein eine gemeinsame Weiterentwicklung von Standards erleichtern.
- Die Unterschiede im Agrar- und Lebensmittelbereich zwischen den USA und der EU müssen besonders berücksichtigt werden; es darf nicht zu einem zusätzlichen Druck der Agrarindustrie auf die bäuerlichen Strukturen in Europa kommen.
- Das Potenzial von Zollsenkungen und Verwaltungskostenreduzierungen einer Freihandelszone muss ausgeschöpft werden. Auch bei technischen Normen ist der Abbau von Hemmnissen ausgesprochen sinnvoll, das gilt vor allem für die einvernehmliche Entwicklung von gemeinsamen Standards bei neuen Technologien.
- Beide Seiten sollten sich verpflichten, mit einem solchen Abkommen auch die grundlegenden sozialen Rechte der ILO-Abkommen anzuerkennen.
- Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wie Arbeitsschutz, Kündigungsschutz, Streikrecht oder Schutz vor Diskriminierung dürfen nicht infrage gestellt werden. Eine Anpassung nationalstaatlicher Standards auf einem niedrigen gemeinsamen Nenner muss ausgeschlossen werden.
- Kultur und Medien sind nicht allein Wirtschaftsgüter. Sie müssen daher konsequent aus den Verhandlungen herausgenommen werden.
- Öffentliche Beschaffungsregeln dürfen nicht aufgeweicht werden. Es muss sichergestellt werden, dass das Abkommen nicht in die souveränen Entscheidungen der Staaten darüber eingreift, welche Dienstleistungen öffentlich organisiert werden.
- Ein Freihandelsabkommen kann nur abgeschlossen werden, wenn sich beide Seiten zugleich vertraglich verpflichten, die staatliche Souveränität und die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger in Sachen Datenschutz zu achten. Gerade im Hinblick auf wirtschaftliche Tätigkeiten muss eine anlasslose Datenerhebung und -verwertung durch staatliche oder andere Stellen ausgeschlossen werden.
- Freihandelsabkommen werden langfristig vereinbart. Deshalb sollte nach zehn Jahren eine Evaluierung vorgesehen werden und ein Verfahren zur Weiterentwicklung des Abkommens von vornherein Teil der Vereinbarungen sein.

Nr. 18/991

Mobbing an Schulen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 21. Januar 2014
(Drucksache [18/1237](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. Februar 2014

(Drucksache [18/1283](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/992

Auflage eines Programms zum Ankauf von Belegungsbindungen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 12. Februar 2013
(Drucksache [18/771](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/993

Auflage eines Programms zum Ankauf von Belegungsbindungen

Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie
vom 12. Februar 2014
(Drucksache [18/1261](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie Kenntnis.

Nr. 18/994

„Seniorengenossenschaften“ auch in Bremen und Bremerhaven fördern?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. Februar 2014
(Drucksache [18/1267](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. März 2014

(Drucksache [18/1329](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/995

Gesundheitlicher Arbeitsschutz für Lehrkräfte

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 24. Februar 2014
(Drucksache [18/1273](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. April 2014

(Drucksache [18/1350](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/996

Versorgungssituation von seelisch verletzten und psychisch kranken Menschen mit geistiger Behinderung verbessern!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. März 2014
(Drucksache [18/1318](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. einen Bericht zur Situation von geistig behinderten Menschen mit psychischen Störungen im Land Bremen zu erstellen,

2. in diesen Bericht unter anderem Verbesserungsvorschläge für das Behandlungsangebot von Menschen mit geistigen Behinderungen und psychischen Störungen aufzunehmen und Anforderungen an die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von Menschen mit geistiger Behinderung und zusätzlichen psychischen Störungen bzw. Verhaltensauffälligkeiten zu formulieren,
3. in Gesprächen mit der Kassenärztlichen Vereinigung, der Ärztekammer und der Psychotherapeutenkammer einzutreten mit dem Ziel, auch das Behandlungsangebot für geistig Behinderte durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sowie Psychologinnen und Psychologen zu verbessern,
4. der Bürgerschaft (Landtag) binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung den Bericht vorzulegen.